



Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

43. Sitzung (nicht öffentlich)

30. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.25 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)

Stenograph: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

1. Ergänzungsvorlage: Drucksache 12/3400

2. Ergänzungsvorlage: Drucksache 12/3550

1

Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes

Personalhaushalte aller Einzelpläne

Der Unterausschuß einigt sich vorab darauf, keine Schlußberatung durchzuführen, da die Anträge der Koalitionsfraktionen noch in Arbeit sind und zunächst in den Fachausschüssen behandelt werden sollen. Er kommt ferner überein, seine Schlußberatung in einer Sondersitzung am Montag, den 7. Dezember, um 10 Uhr, durchzuführen.

Seite

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Justiz 2

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung 7

Einzelplan 12 - Finanzministerium 7

(Die Abstimmungen über die Einzelanträge sind der Vorlage 12/2450 zu entnehmen. Über folgende darin enthaltene Anträgen wird in dieser Sitzung abgestimmt:

*Lfd. Nrn.: Allg./01, HG/01, HG/03, HG/07, HG/11,
03/02, 03/03, 03/04, 03/05, 03/06, 03/07,
03/08, 03/09, 03/10, 03/16, 03/17, 03/21,
03/22, 05/01, 05/02, 05/04, 05/05, 05/06,
05/07, 05/09, 05/10, 08/01, 08/02, 08/04,
10/01, 11/01, 12/02, 14/01)*

2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG)

Drucksache 12/2928

Vorlage 12/2387

7

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU angenommen.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Helmut Diegel (CDU) merkt hierzu an, ihm sei eine Information zugegangen, wonach im Schuldienst überqualifiziertes Personal tätig sei. So würden etwa Professoren ihren Dienst oder ihre Präsenzveranstaltungen zur Hälfte in der Schule abliefern. Das erscheine ihm widersinnig. Er wolle wissen, ob das üblich sei, und bitte um eine Aufstellung, wo dies im Landes Nordrhein-Westfalen so gehandhabt werde.

LMR Dr. Bröcker (MSWWF) antwortet, der Sachverhalt sei dem Ministerium nicht ganz klar; man recherchiere aber gern, wenn man wüßte, in welche Richtung. - **Helmut Diegel (CDU)** sagt zu, dem Ministerium die entsprechende Stelle und Universität zu benennen.

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Zu lfd. Nr. 12/01

Helmut Diegel (CDU) merkt hierzu an, daß mit diesem Antrag der Stand vor der zweiten Ergänzungsvorlage wiederhergestellt werde.

Ernst-Martin Walsken (SPD) führt aus, seine Fraktion überlege, im Bereich des mittleren Dienstes die Operation vom vorigen Jahr zu wiederholen, Angestellten, die auf kw-Stellen säßen, die Chance zu geben, in den mittleren Dienst aufzusteigen. Er könne aber heute dazu noch keine Darstellung geben. - Vor diesem Hintergrund stellt die CDU-Fraktion den Antrag ebenfalls bis zur nächsten Sitzung zurück.

2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG)

Drucksache 12/2928

Vorlage 12/2387

Vorsitzender Peter Bensmann leitet ein, dieser Punkt sei im Ausschuß bereits am 6. Mai behandelt worden. Mit Vorlage 12/2387 liege eine vom Finanzministerium erstellte umfassende und konkretisierte Berichterstattung über den Prüfungsauftrag vor. In Drucksache 12/2928

sei der Direktor des Landesoberbergamtes herunterdotiert worden. Vor dem Hintergrund möchte er wissen, warum dies mit der Ergänzungsvorlage wieder geändert werden soll. - **MDgt Steller (FM)** antwortet, dies geschehe rein vorsorglich.

Ernst-Martin Walsken (SPD) führt aus, die Landesregierung habe gemäß dem eingebrachten Gesetzentwurf entsprechende Konsequenzen gezogen. Der Gesetzentwurf sei in den entsprechenden Gremien lange beraten worden. Am Ende habe man noch einmal eine Vorlage der Landesregierung erbeten, vergleichbare Positionen aufzulisten, damit sie bewertet werden könnten. Da der Gesetzentwurf sich im Schoße des Parlaments befunden habe und die Landesregierung den Ausgang der Beratung nicht habe absehen können, habe sie das rückgängig gemacht, was sie im eigenen Gesetzentwurf vorgesehen habe. Wenn der Gesetzgeber die Beratungsgrundlage ändere, werde automatisch im Haushalt des nächsten Jahres eine Anpassung an die Rechtslage erfolgen. Die sehr umfangreiche Vorlage der Landesregierung sei sorgfältig geprüft worden, ob es hinreichende Gründe dafür gebe, die entsprechenden Besoldungspositionen bei der Landwirtschaftskammer und beim Landesoberbergamt abzusenken.

Helmut Diegel (CDU) erklärt, in der Sache sei man nicht auseinander. Seine Fraktion sei der Meinung, daß nur im Einzelfall aufgrund von Vorschlägen nach Organisationsuntersuchungen Herabstufungen bzw. Veränderungen vorgenommen werden könnten. Er begrüße die Einschätzung der Landesregierung, daß aus fachlicher Sicht keine generelle Herabstufung der B-Ämter in Nordrhein-Westfalen vertretbar sei. Die Intention, einen solchen Tagesordnungspunkt noch einmal zu behandeln, sei die gewesen, daß Kollege Bajohr für eine generelle Herabstufung habe plädieren wollen, damit dies in den laufenden Haushaltsberatungen berücksichtigt werden könne. Nach der Vorlage, die nun vorliege, und nach den Äußerungen der SPD-Fraktion und seiner Fraktion könne nun darüber abgestimmt werden, dem Petikum des Kollegen Bajohr nicht zu entsprechen.

(Abstimmungsergebnis siehe Beschlusstil)

gez. Peter Bensmann

Vorsitzender

22.07.1999/12.08.1999

33C